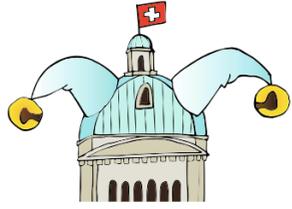


Kunterbund Digi-Dobler und der Akkusativ

«Jetzt hats Digi-Dobler auf die Arme abgesehen», twitterte am Donnerstag der Rapperswiler FDP-Nationalrat **Marcel Dobler**.



«Ich fordere in drei Vorstössen elektronischer Bürokratieabbau für die Arme!» Schade, dass er dabei der Akkusativ gleich mitabaut. (ffe)

«Was sind vorläufig aufgenommene Flüchtlinge?», fragt die Zürcher SVP-Nationalrätin **Barbara Steinemann** den Bundesrat in einem Vorstoss. Wir haben die Antwort: Ein vorläufig aufgenommener Flüchtling ist ein Flüchtling, der eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz erhält. (bär)

Protest der Schweiz in Ankara

Diplomatie Die Schweiz hat gegenüber der Türkei scharf gegen mutmassliche Spionageaktivitäten und Entführungspläne protestiert. Die Schweiz dulde solche Aktivitäten auf ihrem Territorium zu «keinem Zeitpunkt», teilte Pascale Baeriswyl, Staatssekretärin im Aussendepartement, ihrem türkischen Amtskollegen mit.

Das Ministerium in Ankara wies die Anschuldigungen hingegen zurück, dass Angestellte der Botschaft in Bern die Entführung eines Geschäftsmanns geplant hätten. (sda)

Tobias Bär

«Geschmack von Freiheit, Risiko und Abenteuer, sexuelle Anziehungskraft, Rebellion» – auf diese Werte, die Jugendliche ansprechen, setzen Zigarettenhersteller in der Werbung. Das schreibt der Bundesrat in seinem Bericht zum Tabakproduktegesetz. Mit diesem will er das bestehende Verbot von Tabakwerbung, die sich speziell an Jugendliche unter 18 Jahren richtet, konkretisieren.

Tabu sind Anzeigen heute etwa an Orten, wo sich hauptsächlich Jugendliche aufhalten. Künftig soll das Werbeverbot auch in Gratiszeitungen und im Internet gelten, ausser es handelt sich um kostenpflichtige oder Erwachsenen vorbehaltene Webseiten. An Verkaufsstellen will der Bundesrat keine Tabakreklame direkt neben Bonbons, Kaugummis und Süssigkeiten mehr sehen.

Tabakwerbung nur noch in Nachtclubs

Von der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention bekommt die Landesregierung dafür in der Vernehmlassung, die kommenden Freitag endet, ein klares Nein. Auch mit dem neuen Gesetz wären Kinder und Jugendliche «der ganzen Wucht des Tabakmarketings ausgesetzt», heisst es in der Stellungnahme, die von weiteren Organisationen wie der Krebsliga getragen wird. Der Ärztenverband FMH bezeichnet die Werbebeschränkungen als «mut- und weitgehend wirkungslos». Nötig sei ein lückenloses Verbot, das insbesondere die Plakat- und Kinowerbung umfasse. Auch der Berner SP-Ständerat Hans Stöckli bezeichnet die Vorlage als un-

Ärzte verlieren die Geduld

Zigaretten Der Streit um die Tabakwerbung spitzt sich zu. Ärzte und Gesundheitsorganisationen lancieren kommende Woche eine Volksinitiative. Das Ziel: ein Verbot für Tabakwerbung im öffentlichen Raum.



Abgesehen von Andorra und Monaco hat die Schweiz in Europa das mildeste Tabakwerbeverbot. Bild: Getty

tauglich. Zusammen mit einem «Heer von Weisskitteln», also der geballten Ärzteschaft, lanciert Stöckli am Dienstag eine Volksinitiative «zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung». Das Ziel: Zigaretten sollen nicht mehr an Orten beworben werden dürfen, an denen sich Jugendliche unter 18 Jahren legal aufhalten können.

Der Bundesrat wolle mit seiner Vorlage den Zigarettenverkauf an Minderjährige schweiz-

weit verbieten, so Stöckli. Da sei es nur konsequent, die Jugendlichen per Initiative vor Tabakwerbung im öffentlichen Raum zu schützen, so Stöckli. Möglich wäre Werbung mit der Initiative beispielsweise noch in Nachtclubs. Bei Japan Tobacco International mit Sitz in Dagmersellen hält man wenig von der Vorlage des Bundesrates und noch weniger von der Initiative: Mit Werbeverboten für ein legal erhältliches Produkt würden Hersteller und

Händler in ihrer Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt, «ohne dass dadurch ein Nutzen für die öffentliche Gesundheit entsteht», sagt Sprecher Kevin Suter. Frankreich kenne seit Jahrzehnten ein striktes Tabakwerbeverbot, der Anteil der Raucher sei aber höher als in der Schweiz.

Mit der Lancierung der Volksinitiative legten die Tabakgegner ein «erstaunliches Demokratieverständnis» an den Tag, sagt Suter. Das vom Bundesrat ausge-

arbeitete Tabakproduktegesetz biete ja Gelegenheit zur Klärung. Ständerat Stöckli hingegen meint, griffige Einschränkungen liessen sich nur mit dem Volk erwirken, da es dafür im Parlament keine Mehrheit gebe. 2016 war der Bundesrat mit einem umfassenden Werbeverbot bei der bürgerlichen Mehrheit im Parlament abgeblitzt. Für die FDP und die SVP gehen die Werbebeschränkungen auch im zweiten Anlauf zu weit, die Stellungnahme der CVP liegt noch nicht vor.

Rauchverbot soll auch für E-Zigaretten gelten

Kritik gibt es auch an den vorgeschlagenen Regelungen für Alternativprodukte. Der Bundesrat will das geltende Handelsverbot für nikotinhaltige E-Zigaretten zwar aufheben, elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen sollen in Zukunft aber nicht mehr in geschlossenen öffentlichen Räumen genutzt werden dürfen. Der Verband der Schweizer Händler und Hersteller von E-Dampfgeräten sieht keinen Grund, das Dampfen dem Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen zu unterstellen, schliesslich entstünden «keine nennenswerten Schadstoffe». Der Bundesrat schreibt in seinem Bericht, elektronische Zigaretten seien gemäss Fachleuten deutlich weniger schädlich als Tabakzigaretten, zu den Langzeitriskien von E-Zigaretten und anderen gleichartigen Produkten sei bisher aber wenig bekannt.

2016 dampften gemäss Angaben des Bundes 0,4 Prozent der über 15-Jährigen täglich E-Zigaretten. Der Anteil der Raucher liegt seit mehreren Jahren unverändert bei rund 25 Prozent.

Bildungspolitiker buhlen um Bundesüberschuss

Verteilkampf Fast drei Milliarden Franken Überschuss hat der Bund für das Jahr 2017 ausgewiesen. Politiker aus dem linken Lager sowie aus CVP und FDP fordern deshalb, dass Sparpläne bei der Bildung beerdigt werden.

Wo Geld ist, sind die Begehrlichkeiten meist nicht weit weg: Diese Regel gilt auch in der Politik, das zeigt sich gerade wieder einmal beispielhaft. Im Februar präsentierte Finanzminister Ueli Maurer für das Jahr 2017 statt des budgetierten Defizits einen Überschuss von fast drei Milliarden Franken. Jetzt gehen Bildungspolitiker angesichts dieses guten Ergebnisses in die Offensive – und verlangen, dass die Finanzüberschüsse der Bildung zugute kommen sollen.

Einen entsprechenden, gleich lautenden Vorstoss haben Nationalräte verschiedener Parteien

diese Woche eingereicht. Mit im Boot sitzen Vertreter von Grünen, SP, CVP und FDP.

SVP warnt vor Übermut

Konkret fordern sie, dass die im Zahlungsrahmen für die Jahre 2017 bis 2020 vorgesehenen Investitionen in Bildung und Forschung – gesamthaft geht es um 26,4 Milliarden Franken über vier Jahre für Berufsbildung, Hochschulen oder Innovationsförderung – ohne Kürzungen erfolgen. «Die finanzielle Situation des Bundes rechtfertigt keinerlei Sparmassnahmen bei der Bil-

dung mehr», sagt Martina Munz (SP/SH).

Wenn die Bildungslobby von Kürzungen spricht, dann bezieht sie sich auf den Zahlungsrahmen, den das Parlament festgelegt hat. Es geht dabei meist nicht um eigentliche Kürzungen der Ausgaben – sondern um Kürzungen der geplanten Erhöhungen. Diese erfolgen jeweils im Rahmen der alljährlichen Budgetverhandlungen im Bundesrat und später im Parlament. Dabei geraten die Bildungsinvestitionen oft unter Druck. Denn sie gehören zu den ungebundenen Ausgaben – also jenen, die sich einfach kürzen las-

sen. Nach aktuellem Stand der Planung fallen die Bildungsausgaben um beinahe 600 Millionen Franken tiefer aus, als dies das Parlament ursprünglich geplant hat. Die Zahl ergibt sich aus bereits vorgenommenen Budgetanpassungen für 2017 und 2018 sowie jenen, die der Bundesrat für 2019 und 2020 vorsieht.

Für Christian Wasserfallen (FDP/BE) ist es «ein Unding», dass Verpflichtungskredite herunterkorrigiert werden. «Für die Hochschulen erschwert es die Planung, wenn sie nicht sicher sein können, ob das in Aussicht gestellte Geld auch tatsächlich

kommt. Dieses Stop-and-Go ist schädlich», sagt der Berner. Zu den Motionären gehört auch Andrea Gmür-Schönenberger. Die Luzerner CVP-Nationalrätin argumentiert etwa mit den Herausforderungen, die sich gerade im Bildungsbereich durch die Digitalisierung stellen. «Viele Leute müssen umgeschult oder weitergebildet werden, dafür ist jeder Franken notwendig», sagt Gmür-Schönenberger.

Trotz der Unterstützung aus vier Parteien: Der Weg durch das Parlament wird steinig für das Anliegen. Doch es ist sowieso vor allem als Zeichen der Bildungs-

politiker verschiedener Parteilinien zu verstehen – und als Vorgeschnack auf Verteilungskämpfe, die durch den Milliardenüberschuss des Bundes befeuert werden. SVP-Finanzpolitiker Franz Grüter warnt aber trotz der erfreulichen Finanzlage davor, «übermütig zu werden». Der Luzerner sagt, es brauche angesichts anstehender Grossprojekte wie der AHV-Revision, der Steuervorlage 17 oder der geplanten Abschaffung der Stempelsteuer «auch in Zukunft viel finanzpolitische Disziplin».

Dominic Wirth

ANZEIGE



Didac
Ein Schuljahr fürs Leben

**10./11. Schuljahr
kombiniert mit Sprachjahr**

Französisch in Lausanne

Italienisch in Lugano

Englisch in Eastbourne (Südengland)

Unsere Info-Anlässe

		Beginn jeweils um 18 Uhr	
Aarau	Hotel Sorell Aarauerhof	26.03.2018	
Zürich	Hotel Marriott	05.04.2018	11.05.2018
Luzern	Hotel Continental Park	22.03.2018	03.05.2018

Wir freuen uns auf Sie! Detaillierte Informationen finden Sie auf www.didac.ch